

Dresdner Volkszeitung

Hauptschriftleitung: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1202. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Conditoren: Gebr. Krahob, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtgebühren monatlich 6,00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 Mk., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 Mk., Einzelnummer 30 Pf. Schriftleitung: Zeitungsplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm. Anzeigenpreis: die 3 gelbaltene Nonpareilzeile 2,00 Mk., Familienanzeigen 1,50 Mk., die 3 gelbaltene Nonpareilzeile 6,50 Mk. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Kleinwerbung 40 Pf.

Nr. 174 Dresden, Donnerstag den 28. Juli 1921 32. Jahrg.

Kritik und Gegenvorschlag zum Parteiprogramm

Durch den gestern von uns veröffentlichten Artikel *Das Parteiprogramm* der als Mitglied der Programmkommission erklärten, der Programmkommission sei zu frühzeitig und unzeitig hinausgegangen, bekommt die Diskussion ein neues Gesicht. Es erhebt sich unter diesen Umständen als selbstverständlich, daß der Entwurf in Gänze abgelehnt wird. Da die Programmfrage damit jedoch nicht gelöst ist, sondern erhöhte Bedeutung bekommt, veröffentlichen wir hiermit die Betrachtungen und Gegenentwürfe eines unleserlichen Mitarbeiters, dem wir in allen wesentlichen Punkten zustimmen.

Die erste Frage ist: Was hat ein Parteiprogramm für einen sozialpolitischen Sinn? Die Antwort darauf: Nach uns hin soll es werden! Wer als unvoreingenommener Mensch unter Parteiprogramm liest, soll sich sagen müssen: Die Partei muß sich kennen lernen! Wo so geachtet, so geachtet, so für die Zukunft gearbeitet wird, da müssen gewaltige Kräfte am Werke sein! — Es bedarf keines Wortes, daß der Entwurf mit seiner mittelmäßig journalistisch einleitenden, seiner schmücklichen Langweiligkeit nicht einen einzigen Menschen im inneren Befenskreis poßt.

Nach innen hin will das Parteiprogramm ein „Banner“ sein, ein Ausdruck starker, allgemeiner Empfindungen, zu dem jeder Sozialdemokrat sich freudig bekennt, der ihm den Glauben gibt; hier wird das auf lange Zeit Geltende, und alle Eingänge klar und stark gesagt. Zu diesen Worten können wir je und je nach den Streitigkeiten über Tages- und Mittel- und Weisungen zurückkehren und aus ihnen Mut holen. Im Hinblick auf die Jugend soll das Parteiprogramm ein Erziehungsmittel sein, das man gemeinsam im kleineren Kreise studiert, um in knapper, klarer Fassung die großen Grundanschauungen und Zielgedanken des Sozialismus kennen zu lernen.

Es bedarf noch weniger eines Beweises, daß der Entwurf nicht die Einigkeit, sondern die Uneinigkeit fördern wird, daß er niemand auch nur anregt, geschweige denn begeistert, daß er wenig sozialistische Empfindung ausdrückt, sondern das ernüchternde Produkt kommissioneller Schusterarbeit ist das je ein Parteiprogramm ausgefüllt hat. Es bedarf keines Wortes, daß es ihm an knappen Grundzügen und Zielgedanken so gut wie ganz fehlt.

Man vergleiche zu diesen meinen Behauptungen die Stellen wie diese: „Daraus sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln u. mit (1) Verminderung bisher selbständiger Existenzen“ oder: „Bei (1) allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft sollen die möglichst hohe Ertragskraft in (1) der Produktion und die soziale Besserstellung (1) der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden“ oder: „Entschädigung bei (1) der Überführung des Privatbesitzes in Gemeinbesitz an den bisherigen Besitzer im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit“ — kann man ein noch schärferes und mühsameres Deutsch überhaupt schreiben? Man denke unter dem Gesichtspunkt „Das Parteiprogramm als Werbemittel“ an folgendes: Dringend bedarf die sozialistische Bewegung der Bildung und Vertiefung mit der bedrohten Schicht der geistigen Arbeiter. Hier ist für sie noch ein Feld zu kräftiger Arbeit. Am beschäftigt diese Arbeit ist langem die Frage der sogenannten „Kulturabgabe“, das heißt der Sammlung eines Teiles des Gewinns aus Aufführungen und Vertriebsleistungen aller Kunstwerke; und zwar wollen diese Arbeit mit dieser Abgabe sich selber fördern, da es tatsächlich dem geistigen Arbeiter bitter schadet. Von dieser wichtigen Kulturangelegenheit nimmt der Entwurf überhaupt nicht Kenntnis. Nur an einer Stelle, „Entwurf“ überhaupt nicht Kenntnis. Nur an einer Stelle, wo es gar nicht hingehört, wird beiläufig bemerkt, daß die Abgabe einheitlich an jenen Erträgen teilhaben soll. Wo nicht die geistigen Arbeiter! (1) Diese werden durch den „Entwurf“ direkt vor den Kopf gestoßen! Gewiß ist richtig, daß die Allgemeinheit ihren Anteil an ihr Recht haben muß. Aber diese ganze Frage der Wirtschaft mit geistigen Gütern mußte eben d u r c h d a s i t werden, während der Entwurf oberflächlich und laßlich schlicht ausbleibt!

Selbst platte grammatikalische Fehler müssen die Partei nicht zu vermeiden! Von dem unersichtlichen Stil des „Entwurfs“ macht übrigens der Abschnitt „Kulturpolitik“ eine Ausnahme, leider aber keine vollende, denn er ist überhaupt nicht als Programm, das heißt: keine Aufstellung von Zielen, sondern eine Sammlung allgemeiner theoretischer „Behauptungen“ („Alle Erziehung ist“ usw.) und Schlagwörter.

Die zweite Frage lautet: Was gehört zum unerlässlichen Inhalt eines Parteiprogramms (und nur was „unerlässlich“ ist, gehört hinein)?

Die Antwort kann nur lakonisch gegeben werden. Kluge Parteien halten das Bekanntnis in einer bestimmten Weltanschauung für notwendig. Dann folgt der Entwurf ab; mit Recht — denn man kann Sozialist und zugleich Realist oder Idealist, Materialist oder Idealist, Christ oder Atheist, Jude oder Nichtjude sein.

Die meisten Parteien erklären, welche Gruppen die Partei sie besonders zu schützen und zu fördern gedankt. Das ist im Sinne der politischen Maßhaltigkeit und zugleich der Klarheit am wenigsten zweifelhaft. Der „Entwurf“ ist in dieser Hinsicht vollkommen zweifelhaft. Er hält fest (Die S. V. D. ist die Partei des arbeitenden Volkes...) und dann eine maffe, unverständliche Erweiterung, die von der Wohlthat aller Ge-

schäftsmitglieher (ein geradezu entsetzendes Wort!) handelt. Die Welt kontrolliert hat nicht sogar das doktrinaire Erörterer Programm diese Frage behandelt.

Das Programm einer großen Partei, die auf das Ganze geht und sich für das Ganze verantwortlich fühlt, muß selbstverständlich als *Lebensprogramm* angelegt werden. Es hat darum weder auf zeitliche Konstellationen viel Rücksicht zu nehmen, über die sich die Partei vielmehr in Aktions- und Konstellationsprogrammen von Zeit zu Zeit äußern muß. Ebenfalls hat es Möglichkeiten zu berücksichtigen, für die sich die Umstände und Bedingungen wandeln. Tagesverhältnisse der „Entwurf“ vielfach und in ganz befremdlicher Weise. So unter „Finanzen“ durch die überflüssige Erwähnung des Friedensvertrags, die nur wie eine recht hilflose Entschuldigung für die Grundlosigkeit dieses Abschnittes wirkt. So unter Kulturpolitik die pathetische Anführung der „Jugendbewegung“, die gewiß eine sehr sympathische Zeitercheinung ist, aber eben eine Zeitercheinung; soll etwa jede Jugendbewegung unfer und der kommenden Zeit im vorhin ein „generiert“ werden, so wie in diesem Abschnitt jede bestehende und werdende „Ueberzeugung“ im vorhin ein Aktionsprogramm bekommt, also auch die dümmste und verwerflichste? Wunderliche und für ein Parteiprogramm von Stil unpassende „Spezialitäten“ finden sich im Entwurf zahlreich. So unter Wirtschaftspolitik 6 der ganze zweite Absatz unter „Kulturpolitik“ der Abschnitte 8 und 9, wo sogar ein „eigener Viehstand“ für landwirtschaftliche Arbeiter gefordert wird (ohne daß übrigens gesagt würde, woher dieser genommen werden soll). So im ganzen Abschnitt Sozialpolitik, der in fünf oder sechs Sätze zusammengefaßt werden kann und in der Fassung des Entwurfs nur die überflüssige Forderung auf Einzelheiten bringt; diese gehören in die Erläuterungen. So auch im Abschnitt Kommunalpolitik, der überhaupt in dieser Art nicht in das Parteiprogramm gehört.

Das Entscheidende eines Parteiprogramms ist welche Lebensordnung darin gefordert wird. Die Lebensordnung ist der einzige dauernde Gegenstand, das eigentliche Zielfeld aller Politik. Die Stellung einer Partei zu den Grundfragen der Lebensordnung ist der Kern und die Hauptlinie ihres Lebens. An diesem Punkte unterscheiden sich die Parteien in jeder Instanz. Die Konventionen erstrecken die „antithetische“, kapitalistische, feudalistische, monarchistische, händische Lebensordnung; die Katholiken die theokratische (wegen der Undurchführbarkeit dieser Abicht ist das Zentrum stets opportunistisch), die Demokraten die republikanische und gemäßig kapitalistische usw. Und die S. V. D.? Es ist ein Skandal, aber es ist so: der Entwurf gibt darauf keine Antwort! Seine Verfasser drücken sich um eine Entscheidung in der einzig entscheidenden Angelegenheit. Sie erklären indirekt: eine sozialistische Lebensordnung wollen wir nicht! — denn dieser Entwurf stellt nicht auf eine solche, sondern bald auf „Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftsordens“ bald auf „sozialistische Gemeinwirtschaft“, bald auf „staatliche Kontrolle der kapitalistischen Anteilsgemeinschaften“ (die doch angeblich „überwinden“ und oder ein sollen), bald auf „Brotregelung“ (in der Gemeinwirtschaft??) bald auf „Gewinnverteilung der öffentlichen Gewalten“ (des Staates? der Länder? der Volksgemeinschaft?), bald auf „freie Kommunalisierung“ (die bekanntlich unter Umständen einer „sozialistischen Gemeinwirtschaft“ sehr hindern werden kann), bald auf „Brotregelung als Produktionsorgan sämtlicher sozialen Leistungen“, bald auf „Gemeinwirtschaft“ (1), bald auf „Sozialisierung“ (1, und zwar zufällig der Apotheken usw., ohne Angabe, was Sozialisierung heißen soll), bald auf „Beratungsausschüsse“ (wieder ohne Definition), bald auf „Befreiung der Allgemeinheit vom Ertrage des Ueberertrags“ (wirdlich des „Rechts“?), nicht der Verteilung und des Betriebes gewisser Waren?), bald auf „planmäßigen Aus- und Aufbau der Produktion“ (noch welchen Plan?), bald auf „Ausgleichung des kapitalistischen Privatbesitzes“ (ist das der Privatbesitz der Kapitalisten??), bald „... genau! Wenn man ein einzelnes festes Schriftstück sucht, durch welches der Vater derart auf andere anstrebenden, untereinander, kopflos hingeworbenen Schlagwörter in eine groteske Verwirrung geradezu hineingeworfen wird, wird man selbst in der Dichtungsproduktion mittlerer Güte lange haben können. Es ist schließlich ausichtslos, diesen „Entwurf“ in seiner Struktur kritischer zu wollen. Die Aufgabe ist so ähnlich wie die des „Entwurfs“ in einem Haus-Planplan frustrieren zu sollen, der eine subtile Delinquerie ist; würde diese und Stride als Grundriß und Aufriss für ein solides Werk!

(Schluß folgt.)

Trockenheit und Ernteaussichten

Die ankommende Dürre der letzten Wochen hat die bisher günstigen Ernteaussichten verflüchtigt. Teuflich geht dies aus den Mitteilungen hervor, die das Reichsernährungsministerium gemacht hat.

Die Ausdehnung der Dürre erstreckt sich fast über das ganze Reich. Besonders betroffen sind das Rheinland, Westfalen, Schleswig-Holstein, die östlichen Teile Preussens sowie ganz Süddeutschland. Die wenigen Gegenden der vorigen Woche in Ostpreußen und dem Rheinland waren völlig ungenügend. Die Erträge sind, was das Getreide betrifft, bisher nicht erheblich. Beim Getreide ist eine gute Mittelernte zu erwarten. Trotzdem sind die Schädigungen der Getreide und besonders des Hafers bereits erheblich, da deren Entschädigung sehr behindert wurde. Sollte die Dürre weiter anhalten, so ist deshalb ein ungünstiger Anfall der Getreide- und Hafenernte zu befürchten.

Sehr schlimm sieht es mit den Aussichten für die Kartoffelernte aus. Aus fast allen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß die Kartoffelernte vielfach absterben. Dieser Zustand wird naturgemäß verhängnisvoll auch die Kartoffelernte beeinträchtigen. Die Kartoffel ist ja mit ihren letzten Wurzeln viel mehr beeinflussbar als etwa die Getreidearten, deren Entschädigung die Dürre nicht übermäßig beeinträchtigt hat. Verheerend hat die Dürre auf die Futterernte gewirkt. Das Wachstum ist auf den Weizen und Weiden völlig zum Stillstand gekommen. Die Dürre hat in einigen Teilen so geringe Erträge gebracht, daß die Vieherhalter kaum wenige Rationen damit werden. Die Weiler, die die Dürre nicht übermäßig beeinträchtigt hat, sind durch den Mangel an Futter vorübergehend vorübergehend warmen müssen. Die Vieherhalter haben bereits ein Sinken der Preise im Viehmarkt beobachtet, was Folge der Dürre ist. Im Viehmarkt macht sich eine solche Tendenz allerdings bisher noch nicht bemerkbar.

Die Landwirtschaftskammern Schleswig-Holsteins und des Rheinlandes haben sich auch an das Reichsernährungsministerium mit dem Geladen um Beratung ihrer Milderungsanträge gewandt. Eine Bitte, die mit den Schädigungen der ankommenden Dürre begründet wird.

Auch nach den Versichten und dem Ueberblick der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft hat die Dürre das Getreide bisher nicht wesentlich beeinträchtigt. Roggen und Weizen, das sogenannte Wintergetreide, waren, wie die Statistik ausweist, soviel um diese Zeit zur Reife und zum Schnitt gekommen, so daß die Dürre keine bemerkenswerten schädlichen Wirkung mehr auf die gereiften Pflanzen ausüben kann. Dagegen haben Getreide und Weizen durch die ankommende Dürre erheblich gelitten. Betrachtlich sind nach derselben Quelle die Schädigungen

der Dürre. — denn dieser Entwurf stellt nicht auf eine solche, sondern bald auf „Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftsordens“ bald auf „sozialistische Gemeinwirtschaft“, bald auf „staatliche Kontrolle der kapitalistischen Anteilsgemeinschaften“ (die doch angeblich „überwinden“ und oder ein sollen), bald auf „Brotregelung“ (in der Gemeinwirtschaft??) bald auf „Gewinnverteilung der öffentlichen Gewalten“ (des Staates? der Länder? der Volksgemeinschaft?), bald auf „freie Kommunalisierung“ (die bekanntlich unter Umständen einer „sozialistischen Gemeinwirtschaft“ sehr hindern werden kann), bald auf „Brotregelung als Produktionsorgan sämtlicher sozialen Leistungen“, bald auf „Gemeinwirtschaft“ (1), bald auf „Sozialisierung“ (1, und zwar zufällig der Apotheken usw., ohne Angabe, was Sozialisierung heißen soll), bald auf „Beratungsausschüsse“ (wieder ohne Definition), bald auf „Befreiung der Allgemeinheit vom Ertrage des Ueberertrags“ (wirdlich des „Rechts“?), nicht der Verteilung und des Betriebes gewisser Waren?), bald auf „planmäßigen Aus- und Aufbau der Produktion“ (noch welchen Plan?), bald auf „Ausgleichung des kapitalistischen Privatbesitzes“ (ist das der Privatbesitz der Kapitalisten??), bald „... genau! Wenn man ein einzelnes festes Schriftstück sucht, durch welches der Vater derart auf andere anstrebenden, untereinander, kopflos hingeworbenen Schlagwörter in eine groteske Verwirrung geradezu hineingeworfen wird, wird man selbst in der Dichtungsproduktion mittlerer Güte lange haben können. Es ist schließlich ausichtslos, diesen „Entwurf“ in seiner Struktur kritischer zu wollen. Die Aufgabe ist so ähnlich wie die des „Entwurfs“ in einem Haus-Planplan frustrieren zu sollen, der eine subtile Delinquerie ist; würde diese und Stride als Grundriß und Aufriss für ein solides Werk!

In der Diskussion dieser Dinge wird vielfach vorgeschlagen, das oder jenes, z. B. gewisse Sozialleistungen, sei jetzt nicht „durchführbar“. Man kann das zwar als sich oft befehlen. Aber selbst wenn man es zugeht, — es handelt sich für ein Parteiprogramm nicht darum, anzugeben, was man morgen oder übermorgen „durchführen“ kann, das gehört in wechsende Aktionsprogramme! Es handelt sich darum, was die Partei will, was sie als sozialistische Partei wollen muß, ganz gleich, ob es heute, in zehn oder dreißig Jahren durchgeführt wird und wie es durchgeführt. Niemand wäre das kommunistische Manifest, niemals auch nur das Erörterer Programm entlassen, niemals die sozialistische Bewegung trotz abgewandten, wenn man ansichts abgewandten hätte; das können wir nur roh ins Werk legen“, von allem Eigentümlichen, Großen und Zukünftigen oder lediglich geschwiegen hätte.

Der Entwurf ist, soweit er wirklich „Programm“ ist, d. h. soweit er Forderungen bringt, als in sich widerwärtig, weil unklar, hilflos und kleinlich im ganzen abzuwehen. Seine Einleitung ist durch flüchtige und entscheidende, aber kurze sozialistische Gedankengänge zu erziehen. (Schluß folgt.)

ber Kartoffelernte. Nach der letzten Zeit waren die Aussichten für die Kartoffelernte günstig. Durch das eintretende kalte Wetter wurden die Kartoffeln bereits in ihrem Wachstum beeinträchtigt, daß der Ueberertrags Teil nicht gewirkt als eine Delinquerie ist. Die Aussichten für die Kartoffelernte sind augenblicklich sehr ungenügend, und wenn nicht bald ein Witterungswechsel eintritt, muß man mit einer schlechten Kartoffelernte rechnen.

Sogar auf die Milch- und Buttererzeugung hat die Dürre bereits einen schädigenden Einfluss gehabt. Die Milchgenossenschaften werden weiter verflüchtigt, in durch die Trockenheit des Sommer und der Zustand der Viehwirtschaft ein schlechter. Die Kühe enthalten deshalb des frischen Futter und müssen vielfach wieder in die Ställe zurückgeführt werden, um dort den und Ertrag als Nahrung zu erhalten. Hierdurch wird natürlich die Milchproduktion und Butterherstellung beeinträchtigt. Dieser Zustand hat im Grunde schon dazu geführt, daß Witterungsbedingungen für Winter relativ mäßig, um nicht selbst Panik zu leiden. Auch in Bayern soll nach den Mitteilungen der Hauptgenossenschaft, eine partielle Milchmangel der bayerischen Regierung für die besonders schädlichen Vorkommnisse im Gange sein. Alle Meldungen lassen erkennen, daß die Dürre in Süddeutschland am größten ist. Besonders in Bayern und die Verhältnisse bereits die gleichen wie in den Tagen des schwarzen Dürrejahres der letzten Jahrzehnte, nämlich des Jahres 1893.

Auch die Landwirtschaftliche Gesellschaft für Ost- und Mitteldeutschland benötigt, daß infolge der Dürre eine schlechte Kartoffelernte zu erwarten ist und ersucht bezüglich der Ernte: Während die Aussichten für das Getreide noch vor wenigen Wochen sehr günstig waren, hat das ankommende warme, regnerische Wetter dazu geführt, daß das Getreide nicht so einwärts hat, wie man erwartete. Die jungen Früchte sind zu früh gereift, so daß sie vielfach nur einen kleinen Umfang haben. Bei der Ernte ist am größten Teil der Kartoffeln der Getreide, Weizen und Weizen durch die Dürre einactieren. Die Meldungen aus dem Reich belagen im allgemeinen, daß das Getreide in Süddeutschland am wenigsten günstig steht, während die Witterung den Ertrag in Mittel- und Norddeutschland wenigstens nicht in so hartem Maße wie dort beeinträchtigt hat.

Gegen den militärischen Gruchzwang

In Österreich beschäftigt man die alten S. A. Gruchvorrichtungen auch in der neuen republikanischen Weide wieder einzuführen. Am heutigen Donnerstag findet eine Demonstration von Mannschaften der Garnison Wien gegen die geplanten neuen Dienstvorschriften statt.